Aufs Ganze gesehen, dürfen wir sagen, daß Harnacks Werk in seiner vorliegenden neuen Form, die der nationaler gerichteten Kriegszeit entsprechend die deutsche Fraktur statt der lateinischen Antiqua gewählt hat, in vielen Einzelpunkten über die früheren hinausgegangen ist, aber doch nicht auch nur annähernd vollständig alle inzwischen erschienenen Spezialbeiträge benützt und mehrfach allzu starr am bisherigen Gesamtgepräge festgehalten hat. Soweit (besonders im 2. Bande) empirische Quellen vorhanden und verwertet sind — nicht wenige wie die Legenden, Bischofslisten, Martyrerakten, Inschriften sind laut der Vorrede zur 1. Auflage aus prinzipiellen Gründen in übertriebener Skepsis teils ausgeschaltet, teils in ihrem Werte unterschätzt — haben wir ein unumstößliches und unerseßliches Material vor uns, an dessen Weiterführung durch kleine und kleinste Bausteine der Verfasser mit Bienenfleiß und Riesenkenntnis gearbeitet hat. Aber leider hat er sich nicht auf die möglichst getreue und objektive Wiedergabe dieser tatsächlichen Daten beschränkt, sondern unter Mißachtung der Grenzen objektiver Spezialforschung (entgegen seiner eigenen Beteuerung im Vorwort) viel zu stark unbewiesene und aprioristische Theorien und Vorurteile dogmenhistorischer Natur hineingetragen und danach sein Gebäude zurechtgezimmert. Nach dieser Richtung hin muß auch die gegenwärtige Auflage von jedem gläubig-katholischen Missionshistoriker abgewiesen werden, bei aller Dankbarkeit und Hochachtung für die überwältigende Zusammenstellung der äußeren Daten¹.

Zur kirchlichen Vermögensverwaltung in den Missionen.

Von P. Joh. Braam M. S. C.

Die kirchenrechtlichen Normen, welche das katholische Missionswesen regeln, lassen sich in drei größere Gruppen oder Rechtskomplexe zusammenfassen, die einerseits das Missionspersonal oder die Träger der Missionspflicht, andererseits die geistlichen Arbeitsmittel wie Predigt, Sakramentenpendung u. ä. und drittens die materiellen Mittel oder die finanzielle Seite des Missionsbetriebes zum Gegenstand haben. Freilich sind Personal und geistliche Mittel die höheren Güter, weil sie dem übernatürlichen Ziel der Religion näher stehen. Aber weil selbst die alleridealste Tätigkeit nicht ohne materielle Grundlage gedeihen kann, deshalb gehört diese eben als Mittel zum Zweck auch in das Gefüge des Missionswesens. Weil die Praxis vielleicht mehr, als erwünscht ist, von der Notwendigkeit der materiellen Missionsmittel redet, deshalb kann man es sich ersparen,

¹ Oder, wie Tschadert *AMZ* 1903, 356 ff. näher ausführt, S. verfolgt nicht bloß objektiv historische Interessen, sondern wirkt zugleich energisch als Dogmatiker, Geschichtsphilosoph und Reformator: als Dogmatiker sieht er das Wesen des Christentums bloß in Gottvertrauen und Nächstenliebe; als Geschichtsphilosoph betrachtet er das Dogma als bloßes Produkt des hellenischen Geistes auf dem Boden des Evangeliums; als kirchlicher Reformator verlangt er die Reduktion des Christentums auf seinen Kern. Vgl. Rivière, a. a. D. 8 ff. 61 f.

das Vermögensrecht der Mission vom Standpunkt einer vernünftigen Werttheorie aus mit natürlichen und übernatürlichen Gründen zu erhärten.

Der innere und äußere Aufbau des kirchlichen Vermögensrechts, soweit es für die unvollkommene und werdende Verwaltung der Missionsländer erlassen wurde, bietet nur wenige Abweichungen vom gemeinen Recht. Die kirchlichen Verwaltungsbezirke, Bistümer, Vikariate, usw., die Anstalten, Kirchen, Schulen u. ä. sind Rechtsträger. Ihre Vorsteher haben als solche keinen persönlichen Eigentumstitel, sondern nur die Verwaltung und Nutznießung der kirchlichen Güter. Vom Privateigentum unterscheidet sich das Kirchengut bekanntlich dadurch, daß sein Träger keine physische Persönlichkeit, sondern eine kirchlich anerkannte juristische Person ist¹, die entweder als kirchliche Verbandsperson (z. B. Orden) oder Anstalt (Einzelkirche, Bistum, Apostolisches Vikariat u. ä.) oder als Vermögensmasse mit religiös-caritativer Zweckbestimmung (*causae piae*, fromme Stiftung) in die Erscheinung tritt². Befehlgeber oder materielle Quellen des Kirchen- und Missionsrechts sind der Papst bzw. die Propaganda und die Synoden. Formelle Quellen des Missionsvermögensrechts sind demgemäß die päpstlichen Erlasse³, die Propagandainstruktionen⁴ und die Synodaldekrete⁵.

Die Konstitution „*Romanos Pontifices*“ vom 8. Mai 1881, welche vornehmlich in ihrem letzten Teil vermögensrechtlicher Natur ist, behandelt im ganzen die Beziehungen zwischen dem Ortsordinarius und den Religiosen. Sie berührt damit die zweifache Autorität, der die *missionarii religiosi* unterworfen sind, eine Einrichtung, die sich in den meisten neueren Missionsgebieten nach dem Muster der Jesuitenmissionen⁶ vorfindet und in der Person des Missionsbischofs (Apost. Vikars usw.) als *Superior ecclesiasticus* und in der Person des besonderen Ordensobern (Vizeprovinzial, Vikar) als *Superior regularis* repräsentiert wird. Demgemäß unterscheidet man auch ein zweifaches kirchliches Vermögen in den Missionen: nämlich die Missions- oder Propagandagüter und die Güter der religiösen Genossenschaft oder die Ordensgüter. Eine Rechtfertigung dieses

¹ *Bona ecclesiastica sunt quae a personis moralibus ecclesiasticis, atque ideo auctoritate ecclesiastica erectis possidentur.* D'Annibale bei Vermeersch, *Periodica* IV (1909) 327.

² Sägmüller, *Lehrbuch des kath. RR* II (Freiburg i. B. 1914) 451 ff. 478.

³ Vgl. besonders die *Constitutio* *Leos XIII.* „*Romanos Pontifices*“ v. 8. Mai 1881, die zwar unmittelbar für England und Schottland erlassen, aber später auf andere Gebiete ausgedehnt wurde. *Collectanea* ed. 1907, II S. 145, Note.

⁴ Vgl. die beiden für Indien und China v. 8. Sept. 1869 *Ad. Vic. App. Indiarum Orient.* I. c. S. 21 ff. und 1346 *ad 22 ff.*, v. 18. Okt. 1883 *Ad Vic. App. Sinarum* I. c. S. 187 ff. und 1606 *ad XIV.*

⁵ *Collectio Lacensis. Acta et Decreta Concilii Plenarii Americae Latinae* (1899). Neuere asiatische Synoden in *3M* I (1911) 122¹; II (1912) 209², deren Aufzählung nicht vollständig ist. U. a. fehlt die für den Aufschwung der chinesischen Mission so wichtige *Synodus Vicariatus Sutchuensis* . . . *habita anno 1803.* Neugedruckt Hongkong 1892.

⁶ *Propagandadekret* v. 23. Febr. 1880. *Collectanea* II p. 133 Nr. 1531. Vgl. dazu Zitelli-Solieri, *Apparatus juris ecclesiastici* I (Rom 1907) 172; A. Vermeersch, *De religiosis* I (Brügge 1902) 330 ss. und 529 ss.; J. Zanzen, *Ordensrecht* (Paderborn 1911) 135 ff.

Dualismus in Autorität und Vermögen des katholischen Missionswesens liegt zunächst darin, daß derselbe sich allenthalben bewährt und selbst bei Ordensgenossenschaften, deren Regeln jenes dualistische Institut und überhaupt die Missionstätigkeit nicht vorgesehen haben, anzustreben ist¹. Sodann steigert sich, — dies dient zur inneren Begründung — durch diese Arbeits- und Amterteilung der Eifer für die beiden großen Zwecke, die Förderung der apostolischen Unternehmungen, die dem Superior ecclesiasticus an erster Stelle zufällt, sowie die geistige und leibliche Fürsorge für das Missionspersonal, die dem Regularobern zunächst obliegt. Diese beiden Zwecke, die sich gegenseitig ergänzen, geben der angedeuteten kirchenrechtlichen Zweiteilung Sinn und Begründung².

Sowohl das eigentliche Missions- als auch das Ordens- oder Kongregationsvermögen kann durch alle Erwerbarten des Rechtslebens entstehen, wie das kirchliche Vermögen überhaupt³. Die hauptsächlichsten Entstehungsquellen des Missionsvermögens dürften wohl folgende sein: 1. Primär entsteht dasselbe durch Zuwendungen, sei es in der Form von Missionsalmosen oder Stiftungen durch Private und durch besondere Vereine, sei es in der Form von Kollekten oder Zehnten, deren allmähliche Einführung im Interesse der finanziellen Selbständigkeit eines Missionsgebietes sehr zu wünschen ist⁴ und auf die man durch die Kriegsnot mit erhöhter Deutlichkeit hingewiesen wurde. Hierher gehören alle Gaben, welche die Gläubigen für die Mission oder Missionszwecke (intuitu missionis) wie den Unterhalt der Missionare, für Kirchen, Schulen, caritative Anstalten usw. spenden. 2. Sekundär entsteht das Missionsvermögen dadurch, daß mit Hilfe der vorhandenen Mittel andere Gegenstände, Mobilien und Immobilien erworben oder die bereits vorhandenen fruchtbringend angelegt bzw. bearbeitet werden⁵. In ähnlicher Weise wie das

¹ Vgl. Nouvelle revue theologique 41 (1909) 678 ss.

² Über diesen Dualismus handelt u. E. sehr richtig Th. Grentrup S. V. D., Arch. f. l. RR. 93 (1913) 293. Über das Verhältnis der Missionsgesellschaften und missionierenden Orden zur Propagandakongregation nicht allseitig befriedigend U. Bonigni, Art. „Propaganda“ in The Catholic Encyclopedia (New York) 12 (1911) 458.

³ Sägmüller, Lehrbuch der kath. RR II (Freiburg i. B. 1914) 440 ff.

⁴ Instr. ad Vic. App. Indiar. Orient. 8. Sept. 1869. Coll. p. 23 ad 23.

⁵ Vgl. z. B. die finanziellen Einnahmen des Ap. Bif. Uganda:

1912 Einnahmen von den Pflanzungen	41 440 M.
Pachtzins von Missionsländereien	8 000 „
Werk der Glaubensverbreitung	45 600 „
Kindheit-Jesu-Verein	16 800 „
St. Petrus-Claver-Sodalität	4 000 „
	115 840 M.

Nach dem Bericht, den Bischof Streicher 1913 (Sommer) an die Propaganda gelangen ließ (RR 1915/16 10. 41).

Dazu die freiwilligen Leistungen der Christengemeinden,

unter denen die Sonntagskollekten und seit Juni

1905 die Zehnten regelmäßig wiederkehren. Diese betragen

1914/15 im ersten Kriegsjahr (!) kaum 16 000 Fr. . . = 12 800 M.

EA 1916, 6: „Kaum ein Sechstel der Summe, die in normalen Zeiten zum Unterhalt unserer Unterrichts- und Krankenanstalten nötig ist“ (Bischof Streicher).

Missionsvermögen entsteht auch dasjenige der religiösen Genossenschaft. Das Ordensvermögen¹, von dem allerdings in den neueren Genossenschaften immer die sog. Patrimonialgüter der Religiösen ausgenommen sind, besteht gleichsam aus den beweglichen und unbeweglichen Gütern des Institutes, aus den sog. industriellen Früchten der einzelnen Religiösen (*Monachus acquirit monasterio*), besonders auch den Meßstipendien, die denselben zufließen und endlich aus den Almosen und sonstigen Zuwendungen, die intuitu instituti den Religiösen zugewendet werden. Gehört der Missionar keiner religiösen Genossenschaft an, so behält er, wenn nicht besondere Bestimmungen getroffen werden, sein Privateigentum ungeschmälert, und was er durch eigenen Fleiß verdient, verdient er für sich. In diesem Falle gibt es nur den Gegensatz zwischen Missions(kirchen)gut und zwischen Privateigentum.

Zu den Nutznießern und Verwaltern der Kirchengüter in Missionsgebieten² gehört an erster Stelle der *Superior ecclesiasticus* (Bischof, Apostolischer Vikar, Präfekt und einfacher Missionsoberer). Ihm steht wie dem Ordinarius in den Kirchenprovinzen der gewöhnlichen Hierarchie das Recht zu, die Güter seines Sprengels zu verwalten³, und die übrigen Kirchenvorsteher können nur in Abhängigkeit von ihm handeln. Er kann sie insoweit zur Rechenschaft ziehen und zwar jährlich und öfter, so oft es eben die ordnungsgemäße Verwaltung erfordert⁴. Der Bischof oder Apostolische Vikar usw. hat auch über die Verwendung der Einkünfte des Kirchengutes, soweit es von sonstigen Lasten frei ist, zu befinden, selbstredend für kirchliche Zwecke⁵. Dem Verwaltungsrecht entspricht auch die Pflicht der eigenen Rechenschaftsablage gegenüber der Propaganda, die alle fünf Jahre in einem ausführlichen Bericht zu erfolgen hat, der in anderen Jahren nur bezüglich der bemerkenswerteren Angelegenheiten zu ergänzen ist⁶. Eine der allerwichtigsten Erfordernisse für den ruhigen Besitzstand der Missionsgüter besteht darin, daß Eigentum und Besitz an ihnen nach den Vorschriften des jeweiligen staatlichen Rechts sichergestellt werde⁷. Dies wird in den heidnischen Ländern und auch

¹ A. Vermeersch, *Periodica* IV (1909) 324 ss. Janjßen, a. a. O. 119 ff.

² Vgl. über dieselben Synode von Schanji 1880, Sess. III Cap. II, Coll. II 507 ss., erläutert von Fr. C. Ybáñez O. F. M., *Directorium missionariorum*, Quaracchi 1913, 135/146.

³ Dekret der Prop. (für Bardstown, Louisville) v. 1. April 1816. Coll. I 419. Nr. 712 ad 2.

⁴ Dekret v. 16. Sept. 1771 (Kapuzinermision in Tibet). Coll. I p. 303 Nr. 483. Vgl. Instr. (8. Sept. 1869) ad Vic. App. Indiar. Orient.: unoquoque trimestri aut trimestri quemadmodum in nonnullis Indiarum Orientalium Missionibus.

⁵ „In usus pios“. Dekret für China 13. Jan. 1794. Coll. I p. 386 Nr. 617. Vgl. Synode von Schanji l. c. ad. 1.

⁶ Allgem. Dekret vom 24. Dez. 1849 Coll. I p. 565. Fragebogen Coll. I p. 665. Sonstige Quellen bei Zitelli-Sollieri I 179. Es kommt dazu die Berichterstattung an Missionsvereine. Vgl. Synode v. Schanji l. c.

⁷ *Imprimis curandum erit ut ita proprietates et possessio ecclesiasticorum bonorum eorum civili lege constituatur, ut securitati eorundem omnibus quibus possunt modis, Vicarii Ap. provideant.* Instr. ad Vic. Ap. Indiar. Orient. 8. Sept. 1869. Coll. II p. 24 ad 25.

in den bedeutenderen Kolonialländern, wenn der Mission eine gesetzliche Unterlage mangelt, oft sehr schwer. Ist die Mission als solche keine staatlich anerkannte juristische Person, so muß man sich eben nach Möglichkeit mit den gesetzlichen Handhaben der Privatvereine und des übrigen bürgerlichen Rechts (Testament) behelfen. Bei der völligen Verschiedenheit der staatlichen Rechtslage in Missionsländern, die, im ganzen betrachtet, eine ähnliche Entwicklung wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika durchmachen, sind die für letztere erlassenen Vorschriften¹ vorbildlich und, soweit die entsprechenden Verhältnisse obwalten, maßgebend. Vor allem ist dafür zu sorgen, daß, wenn sonst keine Möglichkeit übrig bleibt, wenigstens durch Testament der besitzenden Missionsobere das Missionsgut seinem kirchlichen Zwecke erhalten bleibe². Daß der Missionsobere von seinen Untergebenen verlangen kann, den zivilrechtlichen Erfordernissen zur Sicherung des Kirchengutes zu entsprechen, bedarf keiner nähern Begründung³.

Eine ähnliche Stellung wie der Missionsobere in der Verwaltung des Missionsgutes, nimmt der Superior regularis ein in bezug auf die Interessen der religiösen Genossenschaft, die er vertritt. Seine Rechte und Pflichten werden durch die Regeln seines Institutes bestimmt. Jedenfalls ist er den höheren Ordensobere hzw. dem Provinzial, dessen Stelle er in der Mission vertritt und der sein unmittelbarer Vorgesetzter ist, Rechenschaft schuldig⁴. Für den Fall, daß der Superior ecclesiasticus gleichzeitig Superior regularis ist, was von der Propaganda allerdings nicht gewünscht wird, aber bei Missionsanfängen, wenn der Geschäftskreis und die Zahl des Personals noch gering ist, sich doch häufiger vorfindet, ist der Apostolische Vikar der religiösen Genossenschaft in bezug auf die Genossenschaftsgüter, wenn solche vorhanden sind, selbstverständlich Rechenschaft schuldig. Dies gilt selbst dann, wenn die Regeln der Genossenschaft diesen Fall nicht vorgesehen und näher bestimmt haben⁵. In welchem Umfange der Rechenschaftsbericht zu erfolgen hat, hängt ab von dem Entwicklungszustand der Mission. Ist aber der Apostolische Vikar nicht gleichzeitig Ordensoberer, so schuldet er den Vorgesetzten seines eigenen Ordens über die Verwaltung der Mission keine Rechenschaft, da er nur auf Grund des kanonischen Gehorsams sich dem Papst gegenüber zu verantworten hat. Bei Konfliktsfällen zwischen dem Superior ecclesiasticus und dem Superior regularis in bezug auf Personal — oder auf

¹ Dekret „Quum in foederatis Americae“ v. 15. Dez. 1840. Coll. I p. 514 ss. Nr. 916. Die verschiedenen Besizhmöglichkeiten besprochen besonders p. 516 ad 13.

² Vgl. die amerikanischen Partikular- und Plenarsynoden. Coll. I p. 516 Note II p. 24 Note. Dazu Nilles, Commentarium in Concilium Plenarium Baltimoreense. Innsbruck 1888/1890. Smits, Notes on Second Plenary Council of Baltimore. New York 1874. W. H. Tanning, Art. „Property Ecclesiastical in the United States“. Cath. Encycl. 12 (1911) 472 ss.

³ Instr. ad Praef. Ap. Norwegiae 27. Mai 1881. Coll. II p. 155 Nr. 1553.

⁴ Habeat tamen in exercenda sua auctoritate Provinciale ut superiorem immediatum. Dekret v. 23. Febr. 1880 cf. oben.

⁵ Nouv. Rev. theol. l. c. p. 688 ad III.

Vermögensfragen, prävaliert die Ansicht des erstern¹, aber der Rekurs an den Apostolischen Stuhl (Propaganda) steht immer offen².

Um überhaupt Konfliktsfälle und Ärgernis zu vermeiden, soll der Missionsbischof, welcher mit Hilfe einer Ordensgesellschaft arbeitet, einerlei ob er selbst ihr angehört oder nicht, von Anfang an die vermögensrechtlichen Verhältnisse kontraktlich festlegen³, oder falls dies unterlassen wurde, durch nachträgliche Entscheidungen der Propaganda ordnen lassen. Letzteres geschieht vielfach auch in Form eines Statutum oder Modus vivendi, der von beiden Parteien ausgearbeitet und von der Propaganda approbiert und schon aus dem Grunde nicht selten nötig wird, weil die verschiedenartigen und wechselnden Verhältnisse, welche z. B. eine gerechte Verteilung der Reisekosten, der Kranken- und Alterspensionen u. ä. beeinflussen, einer besondern Regelung bedürfen⁴.

Sowohl der Superior ecclesiasticus als auch der Superior regularis können sich, wenn nötig, in der Verwaltung einen besondern Gehilfen (Prokurator, Ökonom usw.) heranziehen, dessen Befugnisse vielfach satzungsgemäß festgelegt oder von den Obern näher bestimmt werden, z. B. wann und wie oft er im Jahre die Rechnungsbücher oder den Rechnungsabschluß vorzulegen hat. Die Stellung der Missions- und Ordensprokuratoren ist nicht einheitlich geregelt. Etwas anders verhält es sich mit dem Hilfskollegium, das der Superior ecclesiasticus für die Verwaltung seines Gebietes, besonders der zeitlichen Güter aus den erfahrenen Missionaren als Ratgeber zu berufen und in wichtigeren Dingen zu hören hat. Diesem bischöflichen Rat, wie das Kollegium auch

¹ „Hinc missionarii regulares duplici ligantur obedientia, una erga caput Missionis, altera erga superiorem regularem. In casu conflictus prima praeferri debet, quippe quae est erga ipsam supremam S. Sedis auctoritatem.“ Instr. ad Vic. Ap. Tunk. Orient. 1. Sept. 1881. Coll. II p. 156 Nr. 1558 ad 4.

² Als typisches Beispiel für die Abgrenzung der beiderseitigen Rechte in Vermögensangelegenheiten gilt die Propagandaentscheidung v. 18. Jan. 1886. Coll. II p. 213 Nr. 1651 ad 5: „Quoad administrationem reddituum ex operibus religiosorum provenientium statuitur:

1. Administratio reddituum collegiorum et convictuum, item retributionum quae singulis . . . ex stipendiis Missarum et iuribus stolae vel ex industria personali proveniunt, ad Superiores regulares pertinet.

2. Vicarius Apostolicus permittitur statuere cathedraticum quod sibi solvatur, antea a S. C. approbandum. Ex pensionibus vero capellanorum militarium, quod honestae eorum sustentationi superest, a Superiori regulari totum tradatur Vicario Apostolico.

3. Proventus, de quibus dictum est, non extra Missionem, sed in operibus Missionis impendendi sunt; ad hunc finem Superior regularis singulis trienniis S. Congregationi rationem de iis reddere tenetur.

Diese zunächst für die Missionen der Gesellschaft Jesu getroffene Entscheidung hat eine erweiterte Bedeutung erlangt (vgl. I. e. p. 522 im Index rerum).

³ Concilium Prov. Westmonast. II ad VII. Coll. II p. 153 Note.

⁴ Vgl. z. B. Fr. Bernardus ab Andermatt, Statutum auctoritate Summi Pontificis a Sacra Congr. de Prop. Fide definitive approbatum pro missionibus Ordini Minorum Capuccinorum commissis. Rom 1893. Nr. 63—70. — Statutum seu modus vivendi servandus in missionibus Congregationis SS. Cordium Jesu et Mariae necnon Adorationis perpetuae SS. Sacramenti Altaris. Rom 1908 (Picpusväter).

kurz genannt wird¹, kommt im allgemeinen nur eine „beratende“ Stimme zu. Wenn es sich aber um die Errichtung von Kirchen, Häusern, Kollegien und Schulen handelt, darf der Missionsbischof nicht gegen die Mehrheit seiner Ratgeber ohne besondere Gutheißung der Propaganda vorgehen. In dieser beratenden Körperschaft, der besonders auch die Prüfung der Rechenschaftsberichte, die wenigstens jährlich von den Missionsstationen einlaufen sollen, und die Bewilligung des Haushaltsplanes zusteht, hat man eine die Rechte des Missionsobern in etwa einschränkende Körperschaft vor sich, die freilich in ihrer primitiven Form noch weit von den gemeinrechtlichen Domkapiteln entfernt und auch nicht, wie diese, besondere Eigentumsrechte besitzt².

An den Aufsichtsrechten des bischöflichen Rates nehmen in Missionsgebieten, deren Organisation bereits weiter vorangeschritten ist, die vicarii foranei teil, die etwa die Stellung der heimatlichen Dechanten einnehmen. Sie sind Distriktvorsteher, denen mehrere Stationen mitsamt den Missionaren (Rektoren) unterstellt sind. Neben der Aufsicht über das religiöse Leben der Gemeinden und Missionare (z. B. Jahreserzittien)³ haben vermögensrechtlich z. B. in China nur die vicarii foranei die Vollmacht, die Mission vor dem staatlichen Forum zu vertreten⁴. Die vicarii haben dort ferner die jährlichen Rechenschaftsberichte, bevor dieselben an den Apost. Vikar weiter gehen, zu kontrollieren und, wenn nötig, zu verbessern; sie zeichnen auch beim Tode eines Missionars, für den sie einen Stellvertreter ernennen, den Nachlaß des Verstorbenen auf und senden das Inventar an den Bischof⁵.

¹ RM 1915/16, 10.

² Instr. v. 8. Sept. 1869: „Consilium ex nonnullis prudentioribus missionariis a Vic. Ap. designandis constare debet, cum quibus ipse Vic. in negotiis gravioris momenti agat, eorumque audiet consilia; et cum sermo sit de novis ecclesiis aut domibus, collegiis, scholis fundandis nunquam agat contra majoris saniorisque missionariorum partis consilium.“ Coll. II p. 24 ad 27. Instr. v. 18. Sep. 1883: „Hoc consensu uti debet Vic. Ap. sive ad tractationem rerum ipsarum temporalium gerendam, sive antequam ad alienationes efficiendas rem Ap. Sedi proponat, sive ad exercendam vigilantiam circa administrationes speciales bonorum uniuscujusque christianitatis, oblationum et collectarum, sive ad revisionem redditionis rationum, quam singulis annis missionarii, servata quoad Regulares Constitutione „Romanos Pontifices“ . . . Vicariis App. exhibere tenentur.“ Coll. II p. 195 ad XIV. — Vgl. dazu Statuten der 1. Synode in Kamerun, 1906, S. 3: „Der Rat soll sich zwei bis dreimal jährlich und jedesmal, wenn der Apost. Vikar die Ansichten über wichtige Fragen vernehmen will, versammeln.“ Die Räte müssen in der Nähe des Apost. Vikars wohnen. (J. M. Tour.) Summa decretorum synodaliū Su-tchuen et Hongkong, Hongkong 1910, p. 140: Bei Meinungsverschiedenheit soll der Bischof nicht handeln „inconsulta S. Congregatione“.

³ Ybáñez, l. c. p. 127.

⁴ L. c. p. 76, Note. Über Delegation und Prozeßverfahren in China vgl. Summa decretorum synodaliū . . . p. 134 ss. — Über die Titel forania, vicarius foraneus vgl. F. L. Ferraris, Prompta bibliotheca T. VII (1860) p. 1123: quia foris seu extra locum in quo Sedes episcopalis reperitur, episcopi vices agit juxta traditam sibi potestatem.

⁵ Ybáñez, l. c. p. 141 Nr. 190; p. 127 Nr. 169 ss. Cf. Coll. I p. 96 Nr. 295, wo diese Aufgaben einem missionarius antiquior zugeschrieben werden (28. Juli 1721),

Die vermögensrechtliche Stellung des einfachen Missionspriesters ist, was die Verwaltung des Missionsgutes betrifft, klar und durchsichtig, aber nicht so einheitlich bezüglich seiner privatrechtlichen Erwerbsfähigkeit. In der Verwaltung des Kirchengutes sollen die Missionare gute und treue Mitarbeiter¹ ihrer Vorgesetzten sein, denen sie den obigen Ausführungen entsprechend gewissenhafte Rechenschaft schuldig sind. Selbstverständlich können die Vorgesetzten ihre Untergebenen im Gewissen verpflichten, nicht nur die Missions- und sonstige Kirchengüter bestimmungsgemäß zu gebrauchen, sondern auch alle jene Schritte zu unternehmen, welche zur bürgerlich-rechtlichen Sicherung des Kirchengutes erfordert sind, wenn z. B. die mit Missionsalmosen erworbenen Güter durch Erlangung der juristischen Person ihrem religiös-caritativen Zweck dauernd erhalten werden können². Ähnliches gilt in Testamentsangelegenheiten, welche das Kirchengut betreffen. Schwerer ist die Frage nach der privatrechtlichen Stellung des katholischen Missionars auf Grund des Kirchenrechts zu beantworten. An sich schließt der katholische Missionsberuf das Privateigentum sicherlich nicht aus. Aber ebenso sicher ist auch, daß die Hauptstosskraft des katholischen Apostolates durch den gesellschaftlichen Zusammenschluß seiner Vertreter erzielt wurde. Der Einzelmisionar des frühen Mittelalters und des christlichen Altertums wurde in seiner isolierten Methode, wenn er überhaupt eine solche hatte, zweifellos von späteren übertroffen, die sich organisierten und zu apostolischen Verbänden zusammenschlossen. Dieser Zusammenschluß führte zur Gemeinschaft der Missionsmittel und des irdischen Vermögens. Man denke nur an die enge Verknüpfung des Missions- und Armutsideals, die sich auch heute noch, nicht nur in den eigentlichen Ordens-, sondern auch in den Weltpriestermissionen, wenngleich in verschiedenem Grade, vorfindet. Die Gemeinsamkeit des Missionsvermögens bewirkt von selbst eine Beschränkung der Rechte des Einzelnen, die im Interesse der kirchlichen Wirksamkeit zu wünschen ist, aber nicht bis zur völligen Preisgabe jeglichen Privateigentums ausgedehnt zu werden braucht. Der Ordensmissionar hat, wenn er einem Orden mit strengstem Armutsgelübde angehört und die Zivilgesetzgebung es gestattet, kein Privateigentum. Seine kirchenrechtliche Stellung bietet, an sich betrachtet, das kräftigste Schutzmittel gegen die Habsucht und den Geiz, die schon so manche blühende Mission zugrunde richteten³. Die Verhältnisse des wirklichen Lebens aber gestatten nur selten die Durchführung des allerhöchsten Armutsideals, so daß den Regularmissionaren die Annahme und Verausgabung von Geld, wenn nötig, gestattet wird (*quatenus gravis adsit necessitas et praevia Superioris licentis*). Diese Lockerung der Armutspflichtung ist nach der

Coll. II p. 154 Note ad XII. Conc. Prov. Westmon.: Das Inventar über alles, was zur Mission gehört, wird dem Missionspriester beim Antritt einer neuen Stelle vom *vicarius foraneus* oder einem andern Deputierten überreicht.

¹ Synode von Schanji 1880 l. c. ad 4.

² Vgl. oben S. 210, Anm. 3.

³ *Monita ad missionarios S. Congregationis d. p. F. . . . anno D. 1885, Hongkong 1893, p. 7.*

Enzyklika vom 30. Juni 1889, welche sich mit den Missionaren des Kapuziner ordens befaßt¹, so zu verstehen, daß dieselben weder an Meßalmosen, noch an den Vergütungen für seelsorgliche Arbeiten, für irgendeine körperliche oder geistige Tätigkeit, noch an Privatgeschenken irgendein Eigentumsrecht sich erwerben. Wo die Zivilgesetzgebung dazu nötigt, wird auch kirchlicherseits den Mitgliedern der in Rede stehenden Orden die Fähigkeit verliehen, Privateigentum zu erwerben und zu behalten. Wie immer sich die Beobachtung des Armutsgelübdes bei den Ordensmissionaren gestaltet, diese unterwerfen sich freiwillig irgendwelchen Einschränkungen vermögensrechtlicher Art, die über diejenigen der Weltpriestermissionare hinausgehen und wie die der letzteren bei gewissenhafter Beobachtung nur zum Vorteile der Mission reichen können.

Die Einzelfrage, ob dasjenige, was der Missionar durch persönliche Arbeit erwirbt, ihm persönlich gehört bzw. in den Besitz seines Ordens oder aber der Mission übergeht, ist nicht einheitlich geregelt und bestimmt sich vor allem nach den Abmachungen zwischen Missions- und Ordensobern und nach den Regeln der einzelnen Gesellschaften. Im allgemeinen werden Kirchenkollekten, Stolgebühren und alles, was der Missionar durch Ausübung seiner geistlichen Tätigkeit verdient, nach den Regeln der Konstitution „Romanos Pontifices“ in ärmeren Missionen als für Kultus- und Missionszwecke gespendet zu betrachten sein². Wo die Mission besser fundiert oder überhaupt die kirchliche Organisation schon über die Anfangsstadien hinausgekommen ist, wird man das allgemeine Wohnheitsrecht anwenden können, daß das kirchliche Amt seinen Inhaber ernährt und was durch die Verwaltung desselben gewonnen wird, Eigentum des Amtsinhabers bzw. der geistlichen Genossenschaft wird, der er angehört. Jedenfalls sind die Propagandabestimmungen³, wonach die Hinterlassenschaft der verstorbenen Missionare an die Propaganda bzw. an die Mission fällt, nicht überall zutreffend, sondern nur da, wo der Missionar ganz und gar von den Almosen der Propaganda bzw. der Mission lebt. Wo eine Ordensgenossenschaft die Ausrüstung, die Wohnungseinrichtung u. ä. für ihre Missionare stellt, bleibt dieses beim Tode des Missionars selbstredend im Eigentum der Genossenschaft und wird zweckentsprechend dem Nachfolger überwiesen, wie denn überhaupt das einmal in einem Missionsgebiet erworbene Gut diesem in

¹ Coll. II p. 239 ss. Nr. 1711.

² Vgl. Synode von Schansi 1880 ad 7: „Nulli missionario vel sacerdoti liceat emere territoria, domus, vel alia ex eo quod quomodocumque acquiritur per exercitium sacri ministerii sine licentia proprii Vicarii Apostolici, qua etiam obtenta, non nisi nomine Missionis, emi poterunt. Ratio est quia sicut onus est Missionis, victum et vestitum ipsi suppeditare, ita quidquid acquiritur per exercitium Ordinis, post obitum eorum ad Missionem pertinet, adeo ut nequeant de eorum bonis testari in favorem conjunctorum.“ Coll. II p. 508 Nr. 2288.

³ Vom 28. Sep. 1725, für China, Coll. II p. 97 Nr. 303; 17. Aug. 1772 allgemein, Coll. I p. 305 Nr. 491: „S. Congregatio, inhaerendo decretis super hoc alias editis, decrevit spolia rerum omnium tempore missionis acquisitarum non modo a missionariis, sed etiam ab Episcopis Regularibus, aere et sumptibus ejusdem S. C. in missione degentibus, post eorum obitum ad S. C. spectare, et in utilitatem missionis esse eroganda.“

geziemender Weise zu erhalten ist, es müßten denn ganz besondere Gründe eine Übertragung rätlich erscheinen lassen, z. B. Unterstützung ärmerer Gebiete, bei der aber eventuelle Bedenken, etwa kolonialpolitischer Natur, zu beachten wären.

Mit besonderem Nachdruck ist auch den Weltpriestermissionaren in Ostasien¹ der eigenmächtige Erwerb von Liegenschaften und sonstigen Immobilien verboten, selbst wenn sie die Kosten aus ihrem persönlichen Eigentum bestreiten wollen. Der Erwerb ist nur zugunsten der Mission und nur mit schriftlicher Erlaubnis des Apostolischen Vikars gestattet, dessen Anweisungen z. B. bezüglich des Testamentsaktes die Priester sich zu fügen haben. Es ist ihnen ferner verboten, ohne Erlaubnis der kirchlichen Behörde von den eingeborenen Christen oder den Heiden Geld zu leihen oder solches an dieselben zu verleihen². Sie bedürfen jener Erlaubnis auch, wenn sie auf eigene Kosten der Mission ein Grundstück erwerben oder ein Missionswerk errichten wollen, ebenso wie wenn sie dies mit den hierfür gestifteten Missionsalmosen zu tun beabsichtigen. Was der Missionspriester einmal zugunsten der Mission aus eigenem Geld angelegt hat, ist in das Eigentum derselben übergegangen und darf bei Versetzungen nicht entfernt und mitgeführt werden. Dies gilt auch von der Kirchenausstattung, Schmuckgegenständen u. ä., deren Beseitigung dem Volke unverständlich wäre und zum Argernis gereichte. Diefen und ähnlichen Vorschriften sind im Bereiche der ostasiatischen Missionen nicht nur die europäischen Missionare, sondern auch die eingeborenen Priester unterworfen. Für ihren Unterhalt sorgen die einzelnen Bischöfe, welche eine gemeinsame Kasse für die eingeborenen Priester zu errichten pflegen³. Eine Rechtsbeschränkung, die für alle Missionare ohne Ausnahme besteht, aber besonders die europäischen betrifft, ist diese, daß sie ohne Gutheißung der Propaganda oder der sonstigen Obern keine Missionsalmosen sammeln dürfen⁴, so daß auf Grund mangelnder Bevollmächtigung denjenigen entgegengetreten werden kann, die durch unbefugtes und schwindelhaftes Auftreiben von Missionsalmosen die materielle Lage der Missionen zu schädigen beabsichtigen⁵. Der einfache Missionspriester, mag er innerhalb oder außerhalb seines Missionsgebietes verweilen, mag er Weltpriester oder Ordensmissionar sein, wird den mancherlei Befugnissen und Verpflichtungen, die er dem Kirchengut gegenüber hat, dadurch gerecht, daß er die von seinen

¹ Vgl. Regula Societatis Missionis ad Exteras Art. 141, in: Acta et decreta primae synodi Regionalis Japoniae et Coreae Nagasaki habitae a. D. 1890, Hongkong 1893, p. 110. Acta et decreta tertiae synodi quintae Regionis Sinensis . . . Hongkong 1909, p. 52 ss. Summa decretorum . . . p. 141. Ybáñez, p. 141 ss. Nr. 191 ss.

² Über die Nachteile, welche daraus für die priesterliche Tätigkeit entstehen vgl. Synodus Vicariatus Sutchuensis . . . a. 1803, Cap. X ad XXI, ed. Hongkong 1892, p. 107.

³ Jubet ergo synodus (Sutchuensis 1880, Cap. IV, Nr. VII), ut quotannis de pecunia accepta et impensa rationem fideliter reddant, ac superfluum in bursa communi apud Episcopum refundant. Cf. Synodaldekrete von Peking, a. 1880. Tit. I cap. III. Coll. II p. 507. Ybáñez 140.

⁴ Instr. 27. Mai 1881. Coll. II p. 155 Nr. 1553 ad 1.

⁵ Missionstolleken und Schwindler. RM 1912/13, 162 ff.

befondern Obern erlassenen Vorschriften treu befolgt und vor allem die Rechenschaftsberichte, die er jährlich oder noch öfter abzuliefern hat, gewissenhaft anfertigt. Aus ihnen¹ ist ohne weiteres ersichtlich, welche Einnahmen und Ausgaben die einzelnen Stationen gehabt haben, und dadurch, daß der Voranschlag für das neue Rechnungsjahr mit seinen verschiedenen Posten bewilligt wird, kommt die Abhängigkeit von den kirchlichen Vorgesetzten zur Genüge zum Ausdruck.

Einen wichtigen Faktor für das Zustandekommen, die Erhaltung und Verwaltung des Missionsvermögens bilden die Christengemeinden, die mitunter die einzigen Rechtsträger des Missionsgutes nach staatlichem Recht sind und in Form von mehr oder weniger ausgebauten Kirchenvorständen sich an der Verwaltung desselben beteiligen. Die Frage, ob es besser ist, das Missionsgut ganz auf den Namen der Gemeinden setzen zu lassen oder auf die Person des kirchlichen Obern², ist nicht a priori zu entscheiden, sondern nach den aus der Zivilgesetzgebung und dem Zustande der Gemeinde sich ergebenden Verhältnissen. Die Einrichtung von Kirchenvorständen, wo solche sich im vorgenannten Falle und auch sonst bei fortschreitender Organisation der Missionsgemeinden ergibt, hat nach heimatlichen Vorbildern³ und im Sinne des gemeinen Rechts zu erfolgen. Es erübrigt sich zu betonen, daß nach dem Tridentinum Sess. 22. Cap. 9 De Reform. alle, welche an der Verwaltung des Kirchenvermögens und frommer Stiftungen teilnehmen, vom Bischof zur Rechenschaft gezogen werden können, mag ihre Verwaltung auch von anderer Seite bereits kontrolliert werden⁴. Das Recht der Gemeinden, sich an dieser Verwaltung zu beteiligen, ersteht aber erst dann, wenn die naturrechtliche Pflicht erfüllt ist, daß sie aus ihren Mitteln für die Kultuskosten (Kirche, Utensilien für den Gottesdienst), für den Unterhalt des Missionars aufgekomen sind. Die Erkenntnis dieser Pflicht setzt allerdings schon einen größern Fortschritt des Christentums voraus. Aber wenn dieselbe zu den Bewissenspflichten der Christen gehört⁵, so gehört es auch zu den Pflichten einer vernünftigen Missionsverwaltung, jene Erkenntnis zu vermitteln und das Solidaritätsgefühl der Christen durch materielle Leistungen für kirchliche Zwecke zu erproben und zu stärken. Wann und in welchem Umfange dies zu geschehen hat, darüber hat kirchenrechtlich der Missionsobere zu befinden. Die Klugheit muß hier von unangebrachter Härte wie von Zaghaftigkeit fernhalten. Im Interesse der geistlichen Tätigkeit ist es zu wünschen, daß der Missionar nicht persönlich die Abgaben erhebt, sondern dies durch einen vertrauenswürdigen Laien (Katechisten) geschehen läßt⁶. Die Form des moralischen Zwanges, soweit ein solcher angebracht ist,

¹ Vgl. das Formular der Weißen Väter. RM 1915/16, 10.

² Vgl. über diesbezügliche Zweifel Instr. ad Vic. App. Indiar. Orient. v. 8. Sept. 1869. Coll. I p. 23 ad 24. ³ l. c. ad 28.

⁴ Litt. app. Pii VII, 24. Aug. 1822. Ad Epp. Amer. Sept. Coll. I p. 446 ss Nr. 773.

⁵ S. C. de Prop. F. 13. Mai 1816. Coll. I p. 419 ss. Nr. 713 ad 2.

⁶ Ybáñez, l. c. p. 144 Nr. 195.

hängt von den Umständen ab. Jedenfalls wäre es höchst unwürdig und tadelnswert, wenn ein Missionar seine geistlichen Dienstleistungen denjenigen versagen wollte, die sich sträuben, zu den Kultuskosten beizusteuern¹. Andererseits muß er den übertriebenen Eifer der Christen, die über ihre Kräfte in unangebrachter Weise für die Verschönerung des Gotteshauses sorgen, in gemessenen Grenzen halten².

Das Kirchengut in Missionsgebieten, sei es nun eigentliches Missions- oder sei es Ordens- bzw. Kongregationsgut, erfreut sich als solches des besondern kirchenrechtlichen Schutzes, u. a. der relativen Unveräußerlichkeit. Die Veräußerung von Kirchengut³, seine rechtliche Belastung oder Verkürzung ist nur unter gesetzlichen Solemnitäten gestattet. Zu diesen gehört eine *justa causa* (*urgens necessitas, evidens utilitas, christiana caritas*) und die Zustimmung der kirchlichen Behörde. Nach der Bulle „*Ambitiosae*“ vom 1. März 1468, deren Geltung für manche Gebiete längere Zeit strittig war, heute aber auf Grund der Bulle „*Apostolicae Sedis*“ v. 12. Okt. 1869 für europäische und außereuropäische Länder anerkannt wird⁴, muß zur Veräußerung von kirchlichen Immobilien und wertvollen Mobilien unter Strafe der *excommunicatio nemini reservata* die vorhergehende päpstliche Erlaubnis eingeholt werden. Zwecks Erleichterung der kirchlichen Vermögensverwaltung werden den Missionsbischöfen, ebenso wie dem Heimatepiskopat, auf bestimmte Zeit außerordentliche Fakultäten zur Veräußerung von Kirchengut gegeben, deren Gebrauch aber an gewisse Bedingungen geknüpft ist, vor allem der Pflicht nachheriger Berichterstattung unterliegt⁵. Von der vorhergehenden obrigkeitlichen Genehmigung sind selbstredend jene Veräußerungen ausgenommen, die im Interesse einer rationellen Verwaltung erfordert werden, z. B. der regelmäßige Verkauf von Erträgen landwirtschaftlicher Güter. Bei der Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber früheren Zeiten ist es begreiflich, daß die ältere kirchliche Gesetzgebung in betreff des *beneficium apostolicum* für die Veräußerung von Kirchengütern der Ergänzung bedarf. Manches Missions- und Klostergut dürfte heute in Wertpapieren (*tituli anonymi*) angelegt sein. Können diese ohne päpstliche Bevollmächtigung vertauscht werden? Man wird trotz einer entgegenstehenden Entscheidung der Konzilskongregation v. 17. Febr. 1906, die nicht als definitives Recht betrachtet wird, den Tausch, soweit er im modernen Güterverkehr und von einer

¹ Coll. I p. 420 Nr. 713 ad 3.

² Diese Mahnung der alten Synodus Vicariatus Sutchuensis . . . a. 1803. C. X ad XXII, ed. Hongkong, p. 107, gegen die kostbare Seidenausstattung chinesischer Gotteshäuser wird noch heute wiederholt. Ybáñez, l. c. p. 145.

³ Sägmüller, a. a. O. II 457 ff. Wernz, a. a. O. III 177 ff.

⁴ Wernz, a. a. O. 183.

⁵ Für die Heimat z. B. in der Erzdiözese Köln (J. Vogt, Das kirchliche Vermögensrecht, Köln 1910, 44): ohne daß eine Wertgrenze festgesetzt ist. Für die Missionen (Coll. II p. 4 Instr. ad Patriarch. Arm. v. 30. Juli 1867): wo die Vorichtsmaßregeln für die einzelnen Veräußerungsarten besprochen sind. De privilegiis episcoporum Americae Latinae et Insularum Philippinarum. Acta Apost. Sedis II (1910) 219 Nr. VII. Wertgrenze 20 000 Lire.

sachgemäßen Verwaltung gefordert wird, als zulässig hinstellen können¹. Freilich darf er nicht zu einem professionellen Handel werden und in ein reines Spekulationsgeschäft ausarten².

Der eigentlich lukrative Handel³, der in seinem Ziel über die Bedürfnisse der Selbsterhaltung einer Mission (ökonomischer Handel) und über den konnaturalen Ertrag des Missionsgutes und der Tätigkeit des eigenen Personals (industrieller Handel) hinausgeht, fällt unter die den Klerikern und Missionaren verbotenen Beschäftigungen. Die diesbezügliche Befehzgebung, sowie die territoriale Einschränkung ihrer Strafbestimmungen, die mit den kolonialwirtschaftlichen Interessen früherer Zeiten in Zusammenhang stehen⁴, bedarf einer besondern Behandlung. Wenn auch die Prinzipien des Kirchenrechts zur Wahrung der Würde des geistlichen Standes und zur Sicherung der spezifisch religiösen Missionsaufgabe stets dieselben bleiben, so ist nicht zu verkennen, daß innerhalb des Rahmens der kirchlichen Befehzgebung noch Spielraum bleibt für wirtschaftliche Betätigung der Missionen. Es kann nicht verboten werden, daß der Missionar mit eigenem Beispiel den unkultivierten Völkern neben dem Ora das Labora beibringe. Behört doch die Arbeitserziehung und die Selbsterhaltung zu den allerdings nur akzidentellen Aufgaben der katholischen Mission. Daß die Missionare durch Gründung einer Handelsgesellschaft oder einer sonstigen handelsrechtlichen Vereinigung, wie es z. B. in den deutschen Kolonien vielfach geschehen ist, sich nicht gegen die kirchliche Befehzgebung verfehlen, ist deshalb nicht zu bezweifeln, weil man die vermögensrechtlichen Vorteile, welche die Zivilbefehzgebung den caritativ-kulturellen Unternehmungen der Mission gewährt, sich unbedenklich verschaffen darf, soweit das jeweilige Kolonialrecht und die Konnivenz der Lokalbehörden es gestattet. Das Natürlichste wäre freilich, daß die Missionsorgane und -organismen auch als solche staatlich anerkannt würden. Aber die Mängel in dieser Beziehung, die schon zur Zeit des spanisch-portugiesischen Kolonialrechts den Anfang der besondern katholischen Missionshierarchie im Gegensatz zur ordentlichen Kirchenverfassung begründeten, haben sich im weiten Bereich des englischen Rechts und in den unabhängigen heidnischen Staaten zum gewöhnlichen Lebenselement der katholischen Mission herausgebildet. Dürften vielleicht nicht die vermögensrechtlichen Verhältnisse, unter denen jeweils die Glaubensboten gewirkt haben, in Verbindung mit dem kirchlichen Fakultätenrecht einen beachtenswerten Leitfadern bieten für die Darstellung des äußern und innern, des hierarchischen und pastorellen Entwicklungsganges der katholischen Weltmission?

¹ So A. Vermeersch, *Periodica* II (1906) 88 ss.

² J. Besson, im Anschluß an Vermeersch, *Nouv. Rev. theol.* 39 (1907) 430.

³ Vgl. J. Janßen, *Ordensrecht*, 121.

⁴ *RM* 1909/10, 131 (Katholische und protestantische Missionsalmojen). Sägmüller, a. a. O., 260. Jann O. Min. Cap., P. II., *Die katholischen Missionen in Indien, China und Japan* (Paderborn 1915) 193. 244. (Päpstliche Handelsverbote im Interesse der portugiesischen Staatskasse.)